

Vorlage für die
Sitzung des Senats am 15. März 2016

Vereinbarung des Landes Bremen mit der Kommune Bremerhaven zu Eckpunkten in den Bereichen Lehrerversorgung, Polizeiausstattung, Personalabrechnung und –service sowie ein Landesprogramm zur Haushaltssicherung

A. Problem

Der Senat und die Stadtgemeinde Bremerhaven haben in der Arbeitsgruppe „Innerbremische Finanzbeziehungen“ umfangreiche Verhandlungen über Maßnahmen geführt, wie u.a. durch den Abbau von Doppelstrukturen und zwischen den 3 Gebietskörperschaften abgestimmtes Handeln und die Entwicklung von gleichen Standards Synergieeffekte erzielt werden können, die es den 3 Gebietskörperschaften ermöglichen den Konsolidierungspfad weiter erfolgreich zu bestreiten. Zu den Bereichen Lehrerversorgung, Polizeiausstattung, Personalabrechnung und –service sowie ein Landesprogramm zur Haushaltssicherung wurde anliegende Verständigung erzielt. Die Verständigung soll dem Senat zur Zustimmung vorgelegt werden.

Die Umsetzung der Verständigung in den Bereichen Lehrerversorgung und Polizeiausstattung erfolgt mit gesonderten Senatsvorlagen.

Zur Beschlussfassung durch den Senat über den Haushalt der Freien Hansestadt Bremen – Land – ist eine Festlegung der Zuweisungen an die Stadt Bremerhaven vorzunehmen.

B. Lösung

In der „Vereinbarung des Landes Bremen mit der Kommune Bremerhaven zu Eckpunkten in den Bereichen Lehrerversorgung, Polizeiausstattung, Personalabrechnung und -service sowie ein Landesprogramm zur Haushaltssicherung“ sind die entsprechenden Eckpunkte für die Zuweisungen festgelegt. Nach Beschlussfassung durch den Senat und den Magistrat ist die Beratung der Vereinbarung in einer gemeinsamen Sitzung vorgesehen.

C. Alternativen

werden nicht vorgeschlagen.

D. Finanzielle und personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen werden im Haushaltsentwurf konkretisiert.

Eine Genderprüfung war zu diesem Zeitpunkt der Beratung nicht erforderlich.

E. Beteiligung/Abstimmung

Die Vorlage ist mit dem Senator für Inneres und der Senatorin für Kinder und Bildung und dem Magistrat der Stadt Bremerhaven abgestimmt. Die anliegende Verständigung wird dem Magistrat von OB und Kämmerei zur Zustimmung vorgelegt

F. Öffentlichkeitsarbeit/Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

geeignet

G. Beschlussvorschlag

Der Senat beschließt die mit der Stadt Bremerhaven ausgehandelte Vereinbarung und bittet die Senatorin für Finanzen im Haushaltsentwurf die einzelnen Positionen entsprechend auszuweisen.